

Liechtensteiner

VOLKSBLATT

Grossauflage

Donnerstag
25. Januar 2001
Fr. 1.20

pp/Journal
AZ FL-9494-Schaan

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51

Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li

Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li

Internet: http://www.volksblatt.li

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 19

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

DONNERSTAG

Wahlveranstal-
tung am
Gymnasium



VADUZ: Schülerinnen und Schüler aus drei Maturaklassen hatten Gelegenheit, dem amtierenden Regierungschef Mario Frick, seinem Herausforderer Otmar Hasler (Bild) und der Vertreterin der Freien Liste, Christel Hilty-Kaufmann, Fragen zu stellen. Die jüngste Wählergeneration wollte unter anderem wissen, wie die Vertreter der Parteien zur Verfassungsfrage stehen und wie die Position des Fürsten beurteilt wird. Seite 5

«Wir brauchen
die U-14 ohne
Wenn und Aber»



FUSSBALL: Der Liechtensteiner Fussballverband (LFV) hat sich für das Jahr 2001 viel vorgenommen. Nicht nur werden zwei Junioren-EM-Qualifikationsturniere in Liechtenstein stattfinden, sondern auch im Juniorenwesen sollen, so die Absicht des LFV, wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden. Das Liechtensteiner Volksblatt unterhielt sich mit Hannes Pingitzer (Bild), Juniorenobmann des LFV. Seite 23

REKLAME

Malerspark Bank AG
Zollstrasse 46, FL-9490 Vaduz
Telefon 075 695 07 83
Telefon 00423 237 18 75
Telefax 00423 237 19 76

Filiale Ruggell
Dorfstrasse 220, 9491 Ruggell
Telefon 00423 973 69 50

E-mail: info@malerspark.li
www.malerspark.li

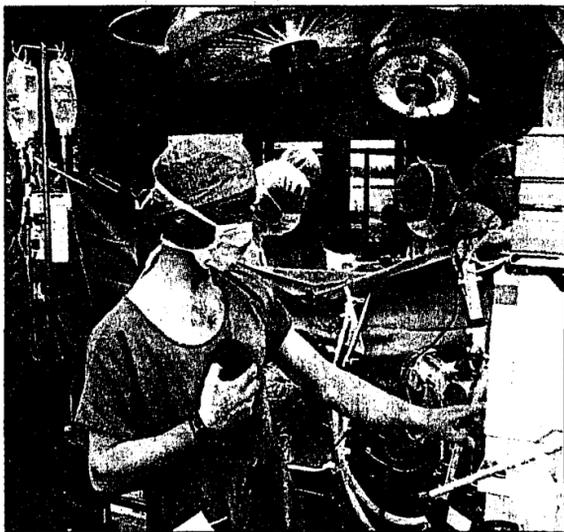
KVG: Gesundere Lösung geht an Krücken

Reform des Krankenversicherungsgesetzes gescheitert: VU hielt Versprechungen nicht ein

Der 15. September 1999 wird in die Geschichte Liechtensteins eingehen. Der Landtag genehmigte, trotz aller Warnungen seitens der FBP, mit 15 Stimmen die von Regierungschefstellvertreter Michael Ritter ausgearbeitete Vorlage zur Reform des Gesundheitswesens. Was die «gesündere Lösung» gebracht hat, wissen alle Einwohnerinnen und Einwohner: Höhere Prämien, Exodus der Krankenkassen, Erhöhung der Kosten für den Staat. Der Kostenturbo wurde gezündet.

Peter Kindle

Pfannenfertig wurde das Reformpaket von der Regierung präsentiert, vorbei an Sanitätskommission, ohne Einbezug der einheimischen Leistungserbringer, nur unter Beizug externer Versicherungsexperten. Alle Bedenken und aufgezeigten Schwächen, die seitens der FBP-Fraktion in den beiden Lesungen im Landtag vorgebracht wurden, stiessen auf taube Ohren. Landtagsmehrheit und Regierung wurden mehrere Male darauf hingewiesen, dass sie allein die Verantwortung für diese Reform zu tragen haben. Expertenmeinungen, die eine Woche vor dem Landtagsentscheid in einem Workshop zu vernehmen waren, wirken heute pikant. So meinte Ernst Gassner, Präsident des Liechtensteinischen Krankenversicherungsverbandes: «Ich würde eher das bestehende System verfeinern. Ein neues gibt verwaltungs-



Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist gescheitert. Der Kostenturbo für die Versicherten wurde gezündet.

mässig zu viel Aufwand.» Dr. Moser, ein Experte aus der Schweiz, appellierte, eine Reform ohne akuten Zeitdruck durchzuführen. Auch diese Bedenken wurden nicht ernst genommen, die Reform durch den Landtag gepetscht.

Verunsicherung und Exodus

Das neue Gesetz wurde bezeichnenderweise auf den 1. April 2000 in Kraft gesetzt, Ausführungsverordnungen fehlten. Die Verwirrung bei Krankenkassen, Leistungserbringern, vor allem aber bei Versicherten war gross und bleibt es auch heute noch. Die CSS hat aus der Reform Konsequenzen gezogen und das Land verlassen. Bewohnerinnen und Bewohner Liechtensteins können dies nicht ohne weiteres. Sie müssen sich dem gescheiterten System unterwerfen.

Sehr viele Versicherte mussten also Mitte 2000 mit beachtlichem Aufwand ihre Kasse wechseln. Wer sich diesem Aufwand nicht stellen wollte, wurde der Concordia zugeteilt. Die Versicherung Concordia hat sich somit einen noch deutlicheren Marktanteil im Krankenkassenwesen gesichert, so dass ihr heute de facto eine Monopolstellung zukommt. Die Gefahr einer Verstaatlichung wächst. Ob diese von den Versicherten gewünscht wird, sei dahingestellt.

Steigende Prämien

Die «gesündere Lösung» versprach den Einwohnerinnen und Einwohnern Vergünstigungen. «Sozial und familienfreundlich» sollte das System sein, Kostensteigerungen im Gesundheitswesen eingedämmt werden. Die Realität hat aber ein anderes Gesicht: Von Kos-

teneinsparungen keine Spur, im Gegenteil, die Prämien für die Krankenversicherung mussten auf den 1. Januar 2001 erneut angehoben werden. Aufgrund des systembedingten Verwaltungsmehraufwandes werden die Versicherten wieder zur Kasse gebeten.

Was passiert in drei Jahren?

Während der Staat vor Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes gut 24 Millionen Franken in das Gesundheitswesen investierte, stieg dieser Beitrag – dank der Reform – um 100 Prozent auf 48 Millionen Franken an, bei identischen Leistungen für die Versicherten wohl gemerkt.

Unsicherheit herrscht auch betreffend Kostenentwicklung im Hausarztssystem. Die Subventionen, die als Anschlag des Hausarztwesens investiert werden, wurden in zeitlicher Hinsicht auf drei Jahre beschränkt. Was passiert aber in drei Jahren? Bei Streichung dieser Subventionen wird der Versicherte wohl wieder der Leidtragende sein, der zur Kasse gebeten wird.

Ein positiver Aspekt

«Ausser Spesen nichts gewesen» – so formulierte ein FBP-Landtagsabgeordneter den Versuch der Regierung, das Gesundheitssystem zu reformieren. Ein positiver Aspekt hat das neue System aber mit sich gebracht: Kinder werden von den Prämien befreit, 16- bis 24-Jährige bezahlen nur die Hälfte. Die Versicherten werden aber dankbar dafür sein, dass wenigstens dieser Wunsch der FBP in der Reform berücksichtigt wurde.

KOMMENTAR

Super-G auf der berühmtesten Streif im Kitzbühel: Marco Büchel erreichte in einer waghalsigen und spektakulären Fahrt den sechsten Platz! Hut ab vor dieser Leistung, herzliche Gratulation. Wer hat aber wann davon erfahren?

War Marco etwa nicht am Start?

Über Jahrzehnte hinweg haben sowohl das schweizerische Radio als auch das Fernsehen im Rahmen ihres Sendeauftrages unser Land mitbetreut. Geschehnisse aus Sport, Politik und Gesellschaft wurden täglich mehrmals aktuell ausgestrahlt. Liechtensteiner war auch in den schweizerischen Medien präsent, Berichte und Meldungen zeichneten sich durch Neutralität und Sachlichkeit aus. Zusammen mit der Schweizer- und Weltpolitik konnten Herr und Frau Liechtensteiner alles Wichtige über unser Land in Erfahrung bringen.

Mit Mehrheitsbeschluss schaffte der Landtag die Radio- und Fernsehgebühren für Liechtenstein ab. Gleichzeitig aber wurde der jährliche Beitrag unseres Landes über rund 250 000 Franken an die schweizerischen Institutionen gestrichen. Nicht-Hörer von Radio L und Wenigleser der Landeszeitungen sind nun schlecht informiert. Der Kommentar des Regierungschefs zu dieser Streichung folgte dann in gewohnter Manier: «Die Schweizer Medien können ja um einen Beitrag ansuchen.» Kompliment, Herr Frick, zu diesem sinnreichen Statement.

Für die Schweiz hat die selbst verschuldete Verabschiedung Liechtensteins aus der gut-nachbarschaftlichen Medien-Landschaft keine Auswirkungen. Für Liechtenstein schon – wir werden nicht mehr wahrgenommen. Dabei wäre dies für eine positive Imagebildung äusserst wichtig.

Selbstsicher, ja beinahe sakrosankt macht die VU-Regierung aber alle Verluste wett. Exklusive, mit Sicherheit nicht ganz billige PR-Berater wurden engagiert, um Liechtenstein in aller Welt als Land positiv darzustellen – damit es auch vorne bleibt.

Die Schnelligkeit, ein unverwechselbares Markenzeichen der Regierung Mario Frick, war hier wohl nicht der Heilbringer. Es soll durchaus aber auch Menschen geben, die erst denken und dann handeln.

Peter Kindle

Privater Einkauf nicht betroffen

Schweinefleisch aus Österreich kann im Reiseverkehr weiter eingeführt werden

Der Lebensmitteleinkauf in Österreich ist durch den Importstopp von Schweinefleisch nicht tangiert. Im Büro des Grenzwachtkorps II in Heerbrugg liefen heute die Telefone heiss. Die verunsicherten Konsumenten wollten wissen, ob nun an der Grenze verschärft nach Schweinefleisch gefahndet wird.

Adi Lippuner

«In der heutigen Morgensendung von Radio Vorarlberg wurde eine Falschmeldung verbreitet, war vom Abschnittschef des Grenzwachtkorps II, Oskar Gächter, zu erfahren. Die Befürchtungen, dass der Vor-



Der Grenzwachtbeamte René Pffner bei seiner Kontrolltätigkeit in Schaanwald. Bild: bak

arlberger Fleischhandel unter dem Importverbot der Schweiz zu leiden habe, stimme nicht.

Gemäss Gächter sei der Reiseverkehr nicht betroffen. «Fleisch darf nach wie vor in

den üblich erlaubten Mengen eingeführt werden. «Der Handelsverkehr mit Schweinefleisch ist bewilligungspflichtig. Das Bundesamt für Veterinärwesen hat ein Importverbot gegen einzelne Betriebe verhängt.» So gesehen ändere sich bei der Kontrolltätigkeit an den Grenzen zu Österreich im Reiseverkehr nichts.

Allerdings sind gegenwärtig am Zoll in Schaanwald wesentlich mehr Personen im Einsatz als sonst üblich. Diese Präsenz hänge aber nicht mit dem Fleischskandal im Nachbarland, sondern mit dem Weltwirtschaftsforum in Davos zusammen, war vor Ort zu erfahren.